Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 2

Artikel: Das britische Commonwealth
Autor: Eyck, Erich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159749

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DAS BRITISCHE COMMONWEALTH

VON ERICH EYCK

Wer im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts eine Erdkarte studierte, stieß überall auf rot bemalte Flächen. Sie stellten Teile des gewaltigen britischen Weltreichs dar, das die kleine Insel am westlichen Rande Europas in drei Jahrhunderten durch Entdeckerglück und rohe Gewalt, durch siegreiche Kriege und geschickte Friedensschlüsse, durch friedliche Kolonisation und freiwillige Unterwerfung zusammengebracht und zusammengehalten hatte. Einen schweren Verlustposten wies freilich die Bilanz dieser sonst so unvergleichlichen Jahrhunderte auf: die dreizehn amerikanischen Kolonien, die sich im Jahre 1783 vom englischen Mutterlande losgerissen und aus denen sich inzwischen der mächtige Staat der U.S.A. entwickelt hatte. Aber dieser Verlust war zum Segen auch für das Mutterland und sein verbleibendes Reich geworden. Die bittere Erfahrung, die sie mit ihren amerikanischen Kolonien gemacht, hatte die Engländer gelehrt, daß, wie Edmund Burke es formuliert hatte, «ein großes Reich und ein kleiner Geist schlecht zusammenpassen», mit anderen Worten: daß sie ihre Brüder jenseits der Ozeane nicht als abhängige Untertanen, sondern als freie Genossen behandeln mußten. Das gleichmäßige Rot, das die Teile des Weltreichs auf der Landkarte bezeichnet, ließ nicht erkennen, daß die Beziehungen des Mutterlandes zu diesen Teilen sehr verschiedener Art waren. In der Tat mußte man staatsrechtlich drei Gruppen unterscheiden: da waren die Kolonien im engeren Sinne, die von London aus durch königliche Gouverneure verwaltet wurden. Neben ihnen aber standen die sich selbst regierenden «Dominions» mit eigenen Parlamenten und eigenen Regierungen, bei denen der König sich durch einen Generalgouverneur oder Vizekönig vertreten ließ. Dazu gehörten die wichtigsten Gebiete wie Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika mit überwiegend weißer, von Europäern abstammender Bevölkerung. Ihre Entwicklung zur Selbstregierung war das Ergebnis des neunzehnten Jahrhunderts gewesen, beginnend mit dem berühmten Bericht des Generalgouverneurs von Kanada, Lord Durham, im Jahre 1839 und gekrönt durch die Verleihung der Selbstregierung an die besiegten Buren durch das liberale Kabinett Campbell-Bannerman im Jahre 1906. Eine dritte Gruppe für sich bildete Indien, das ein Reich im

Reich darstellte, als dessen Herrscher der König von England sich Kaiser von Indien nannte, und dessen Geschäfte in London von einem besonderen Mitglied des Kabinetts, dem Staatssekretär für Indien, besorgt wurden.

In diesem Riesenreich war Großbritannien damals die unbestrittene Führerin. Abgesehen von historischen Gründen verdankte es diese Stellung der Tatsache, daß es die gewaltige Flotte unterhielt, die das Meer beherrschte und allen Gliedern des Reiches Sicherheit zu verbürgen schien. Aber der schöne Glaube, daß die englische Flotte auch den Frieden der Welt gewährleiste, schwand in den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts mehr und mehr durch die Konkurrenz der wachsenden deutschen Seemacht und wurde schließlich durch den Ausbruch des *ersten Weltkriegs* zerstört. Zwar wurde dieser Krieg in gewissem Sinne zu einem Triumph des britischen Reichsgedankens: alle Dominions scharten sich aus freien Stücken um das Mutterland und halfen ihm, den Sieg zu erringen. Aber gerade bei der Wichtigkeit dieser Hilfe konnte es nicht ausbleiben, daß ihr Selbstgefühl und ihr Unabhängigkeitsdrang beträchtlich stieg. Ihr Recht, aus eigenem, freiem Willen zu entscheiden, ob sie an einem Krieg des Mutterlandes teilnehmen wollten, hatte bis 1914 eine mehr theoretische Bedeutung gehabt. Jetzt wurde es praktischer, blutiger Ernst, und bald nach dem Ende des Krieges, als 1922 die gegenüber Griechenland siegreichen Türken eine englische Truppe an den Meerengen (bei Chanak) zu bedrohen schienen und Winston Churchill die Dominions zur Hilfe aufrief, lehnten Kanada und Südafrika kühl ab, während Australien und Neuseeland sich dazu bereit erklärten. Bei den Friedensverhandlungen in Versailles bestanden die Dominions auf gesonderter Vertretung, wie sie auch den Friedensvertrag jedes für sich besonders unterzeichneten. Diese Tendenzen fanden bei der Reichskonferenz von 1926 ihren Ausdruck in einer Definition der Dominions, die ein Veteran unter den britischen Staatsmännern, Lord Balfour, mit der ihm eigenen dialektischen Geschicklichkeit gab. Danach sind sie, ebenso wie das britische Königreich,

> «autonome Gemeinwesen innerhalb des britischen Reiches, die untereinander gleichgestellt und weder in heimischen noch in auswärtigen Angelegenheiten einander irgendwie untergeordnet, aber durch gemeinsame Anhänglichkeit an die Krone verbunden sind und dem britischen Commonwealth als freie Genossen angehören».

Diese Definition wurde von der Reichskonferenz 1930 im wesentlichen unverändert angenommen. Ihren staatsrechtlichen Abschluß fand diese Entwicklung durch das *«Statut von Westminster»*, welches das britische Parlament im Jahre 1931 annahm. Danach ist ein Dominion

also ein «unabhängiger souveräner Staat innerhalb des Commonwealth». Dieser letzte Name hat den des «Reiches» (Empire) in der offiziellen Sprache verdrängt.

In die Reihe der Dominions war nach dem ersten Weltkrieg *Irland* eingetreten. Vorher war es ein Bestandteil des «Vereinigten Königreichs» gewesen, in dessen Parlament in Westminster seine Abgeordneten saßen. Aber es war eine sehr unbehagliche Gemeinschaft gewesen, welche die Iren als Fremd- und Gewaltherrschaft empfunden hatten. Gladstone hatte versucht, diesen Konflikt durch freiwillige Gewährung von «Home Rule» zu lösen und eine «Gemeinschaft der Herzen» an Stelle der staatsrechtlichen Gemeinschaft zu setzen. Aber die Mehrheit der Engländer hatte ihm auf diesem Wege der freiwilligen Zugeständnisse die Gefolgschaft verweigert. So zwangen ihnen später blutige Revolutionen und Bürgerkrieg eine viel weitergehende Lösung auf. Im Dezember 1921 schloß die Regierung Lloyd George mit den irischen Rebellen einen Vertrag, der einen irischen Freistaat mit den Rechten eines Dominions innerhalb des Commonwealth schuf. Allerdings umfaßte dieser Freistaat nicht die ganze irische Insel. Ihr nördlicher Teil, Ulster, mit seiner betont protestantischen, dem katholischen Südirland abgeneigten Bevölkerung, wurde ein besonderes Gemeinwesen, das nach wie vor zum britischen Königreich gehört und dessen Abgeordnete in Westminster sitzen, das aber Home Rule mit einer besonderen Regierung und einem besonderen, in Belfast tagenden, Parlament besitzt. Der irische Freistaat hat sich jedoch mit den 1921 errungenen Rechten nicht begnügt, sondern seine Unabhängigkeit schon in der Zeit zwischen den Weltkriegen immer weiter ausgedehnt.

Das trat im *zweiten Weltkrieg* klar zu Tage, als er sich neutral erklärte und dadurch die strategische Lage des um seine Existenz kämpfenden Großbritanniens empfindlich beeinträchtigte. Um so tröstlicher war die Einmütigkeit, mit der alle anderen Dominions an die Seite des Mutterlandes traten. Daß aber das Problem diesmal weit schwieriger lag als 1914, zeigte sich besonders in Südafrika. Hier bedurfte es eines Regierungswechsels und einer knappen Parlamentsmehrheit unter der Führung von General Smuts, um die Beteiligung am Kriege durchzusetzen. Der Krieg selbst mußte auch unvermeidlich das Zentrum des Commonwealth schwächen. Von vornherein war es klar, daß Großbritannien, auch wenn es Sieger blieb, so schwere Opfer bringen mußte, daß es der Aufgabe, seinen Schild über das weit ausgedehnte Reich zu halten, zum mindesten für eine lange Zeitspanne nicht mehr gewachsen sein würde. Während im ersten Weltkrieg der asiatische Teil des Reiches kaum bedroht war, sah er sich jetzt durch das Eingreifen Japans einer ungeheuren Gefahr ausgesetzt. Sie steigerte die Bedeutung der nationalistischen Stimmung,

welche die Völker Asiens, besonders Indiens, erfüllte. Die englische Herrschaft in *Indien* war schon seit Jahrzehnten durch den Selbständigkeitsdrang der führenden Schichten der indischen Bevölkerung in Frage gestellt. Die Reformen, durch welche seit dem Beginne des Jahrhunderts englische Staatsmänner diese Schichten zur Mitarbeit heranzuziehen und mit dem bestehenden Zustand auszusöhnen versucht hatten, waren letzten Endes erfolglos geblieben. Die nationale Opposition war durch kein Zugeständnis zu beschwichtigen. Die Gefahren, die diese Lage infolge des japanischen Vorstoßes mit sich brachte, veranlaßte die britische Regierung im Frühjahr 1942, eines ihrer am weitesten links stehenden Mitglieder, Sir Stafford Cripps, nach Indien mit einem außerordentlich weitgehenden Vorschlag zu senden. Dessen Pointe war die Umwandlung Indiens in ein sich selbst regierendes Dominion, das mit Großbritannien und den anderen Dominions durch die gemeinsame Anhänglichkeit an die Krone verbunden, ihnen aber in jeder Beziehung gleichgestellt sein sollte. Diese Umwandlung sollte allerdings erst nach der Beendigung des Krieges eintreten. Cripps' Mission endete damals mit einem Mißerfolg. Aber die Entwicklung, welche sie eingeleitet, ist trotzdem weitergegangen und hat am 15. August 1947 ihren Abschluß gefunden. An diesem Tage endete die britische Herrschaft in Indien. Dafür entstanden auf indischem Boden zwei neue Dominions: India mit einer vorwiegend hindostanischen und Pakistan mit einer vorwiegend mohammedanischen Bevölkerung; als drittes Dominion trat im Februar 1948 Ceylon hinzu. Lord Mountbatten, der letzte Vizekönig von Indien, der noch einige Monate Generalgouverneur des Dominions India geblieben war, trat im Juni 1948 zurück und wurde durch einen eingeborenen Inder ersetzt. In London wurde das Ministerium für Indien aufgelöst, und der Staatssekretär verschwand.

Die zentrifugalen Tendenzen machten sich aber auch an anderen Punkten des Commonwealth geltend. Die Wähler von *Südafrika* stürzten bei den Wahlen vom Mai 1948 den Vertreter des Reichsgedankens, Feldmarschall Smuts, und setzten an seine Stelle den Führer der Partei, die während des Krieges für Neutralität eingetreten war, Dr. Malan. Das bedeutet freilich noch nicht, daß seine Partei die unbedingte Überlegenheit hat und daß sie in absehbarer Zeit an die Lockerung des Bandes gehen wird, welches Südafrika mit dem Commonwealth verbindet. Ihre Mehrheit beschränkt sich, nach den Ergebnissen der jüngsten Provinzialwahlen zu urteilen, auf die beiden ehemaligen Burenrepubliken, während Smuts' reichstreue «Vereinigte Partei» in der Kap-Provinz und besonders in Natal die Oberhand hat. Die Frage der Verbindung mit dem Reich aber sieht vom Sessel eines verantwortlichen Ministers anders aus als von der Tribüne einer oppositionellen Volksversammlung. Allerdings darf

man nicht vergessen, daß die Zugehörigkeit zum Reich gerade Südafrika vor schwierige Probleme stellt, besonders vor das indische. Seit langem hat es die indische Einwanderung in sein Gebiet als eine wirtschaftliche Gefahr angesehen, der es durch Beschränkung des Aufenthalts, der Bewegungsfreiheit, des Handels und des Wahlrechts entgegenzutreten suchte. Diese Beschränkungen, die Gandhi in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg an Ort und Stelle erlebte, waren es, die ihn zum Vorkämpfer des indischen Nationalismus gemacht haben. Der Widerstand, den die Wortführer Indiens ihnen entgegensetzen, ist gewiß nicht geringer und gleichgültiger geworden, seit dies zu einem Dominion emporgestiegen ist.

Grundsätzlich von noch größerer Tragweite ist die Entwicklung in Irland. So dünn auch das Band geworden war, das es mit der britischen Krone und dem Commonwealth verband, so war es doch noch nicht durchschnitten worden. Dies geschah im Dezember 1948 durch ein irisches Gesetz, das Irland zu einer unabhängigen, dem Commonwealth nicht mehr angehörigen Republik erklärte. Vielleicht das bemerkenswerteste bei diesem Schritt ist die Gleichgültigkeit, mit der man ihn in Großbritannien aufnahm. Dieselben Engländer, deren Großväter sich einst wegen Home Rule die Köpfe blutig geschlagen, deren Väter wegen dieser irischen Frage 1914 vor einem Bürgerkriege standen, nehmen heute kaum noch Notiz davon. Ebenso auffallend ist die Haltung der englischen Regierung. Der Premierminister erklärte am 25. November 1948 im Unterhaus, auch wenn Irland jetzt aus dem Commonwealth ausscheide, so würden seine Bürger gleichwohl in Großbritannien in Zukunft nicht als Ausländer behandelt werden, und der Lordkanzler fügte am 15. Dezember im Oberhaus hinzu, daß die Regierung hierbei nach dem Rate handle, den ihr die treuen Dominions von Kanada, Australien und Neuseeland erteilt hatten. Die Iren freilich sind mit dem errungenen Erfolg noch nicht zufrieden; sie verlangen die Einverleibung Ulsters. Doch hat ihnen dieses bei den Wahlen in diesem Februar abermals eine deutlich ablehnende Antwort erteilt: die Mehrheit der Parteien, die an der Selbständigkeit Ulsters festhalten, ist noch gestiegen.

Aber der irische Vorgang ist in Indien mit größtem Interesse verfolgt worden. Pandit Nehru, der Premierminister von India, hat die Schaffung einer Republik India wiederholt als sein Ziel erklärt, und er hat das Bekenntnis zu diesem Ziel programmatisch wiederholt, als er die Einladung zur Konferenz der Premierminister der Dominions nach London auf den 21. April annahm. Nach der Balfour-Deklaration von 1926 und dem Westminster-Statut von 1931 würde das eben gebildete Dominion dadurch aufhören, ein Dominion zu sein. Denn es lehnt damit die «Anhänglichkeit an die Krone» ab, die ein wesentlicher Bestandteil dieses Begriffes ist. Wie ablehnend die süd-

afrikanischen Freunde des Empire dem indischen Plan gegenüberstehen, zeigt die jüngste Rede von Smuts, in der er ausführte, daß es nur ein Entweder - Oder gibt: entweder man gehört zum Commonwealth, dann muß man die Krone als sein oberstes Organ anerkennen — oder man will eine unabhängige Republik sein, dann muß man aus ihm ausscheiden; sonst wird dies ein leerer Name ohne Inhalt.

In dieser kritischen Lage kann der an den Idealen des Commonwealth hängende Engländer sich mit der unverminderten Anhänglichkeit trösten, welche die alten Dominions Kanada, Australien und Neuseeland ihm mehr als je widmen. So stark auch die materielle Einbuße ist, die der letzte Krieg Großbritannien auferlegt hat — noch stärker ist bei ihnen sein moralisches Ansehen gestiegen durch den unbeugsamen Mut, mit dem es dem Ansturm eines übermächtigen Feindes allein getrotzt hat. Diese Anhänglichkeit umfaßt besonders den König und seine Familie. Dr. Evatt, der auswärtige Minister Australiens, hat in einem grundsätzlichen Artikel in der «Times» jüngst gesagt: «Für uns ist die persönliche Beziehung zum König und seiner Familie von der höchsten Bedeutung, denn der König ist das Haupt und der Angelpunkt des Commonwealth».

Sehr viel hat sich im britischen Reich im Verlauf einer Generation gewandelt und noch ist nicht abzusehen, wie und wann diese Bewegung zum Abschluß kommen wird. Sie wird beeinflußt werden durch die neuen internationalen Gebilde, die in der jüngsten Zeit emporgewachsen sind. Es ist von hoher Bedeutung, daß einer der tätigsten Baumeister des Nordatlantikpaktes ein Dominion, Kanada, gewesen ist. Was aber auch die Zukunft bringen mag: dem britischen Commonwealth bleibt der historische Ruhm, der erste große internationale Bund gewesen zu sein, der auf dem Gedanken der Freiwilligkeit und der freien Entwicklung seiner Teile aufgebaut ist.

«Wir leben in einem gefährlichen Zeitalter und müssen uns der Gefahren bewußt sein. Die Zukunft des europäischen Kontinents steht auf dem Spiel. Wem Gott die Kraft und die Macht gegeben hat, sich zu verteidigen, hat die Pflicht, der ‚Fünften Kolonne' auf ihrem Marsch gegen Westen Einhalt zu gebieten und ihr in unmißverständlichen Worten zuzurufen: ‚Bis hieher und nicht weiter'».

Feldmarschall Smuts